

Basel

Stadtteilsekretariat geht in die Gegenoffensive

Seit Jahren kritisieren Bürgerliche den Linksdrall der Institution. Nun fordern Vereine ein Ende dieses Powerplays.

Martin Regenass

Kurz und knapp

Die Trägervereine des Stadtteilsekretariats Kleinbasel fühlen sich von der Mitte und Medien schlecht geredet.

Mit einer Medienmitteilung legen sie ihren Standpunkt offen und erklären, dass sie politisch «neutral» seien und die gesamte Bevölkerung vertreten würden.

Da Conradin Cramer eine Überprüfung der staatlichen Gelder für die Stadtteilsekretariate angekündigt hat, laden die Trägervereine den Regierungspräsidenten zu einer Delegiertenversammlung ein. So könne er sich ein Urteil über die Arbeit bilden.

Der Streit im Stadtteilsekretariat Kleinbasel (STS KB) geht in eine neue Runde. Nachdem mit der Mitte die letzte bürgerliche Partei Ende Jahr aus der Organisation austritt, übte die ehemalige Christliche Volkspartei Kritik am STS KB. Dieses sei politisch nicht neutral und vertrete nicht sämtliche Interessen der Quartierbevölkerung. (Lesen Sie hier.)

In der Folge reichte Mitte-Grossrätin Pasqualine Gallacchi einen Vorstoss an den für die Stadtteilsekretariate zuständigen LDP-Regierungspräsidenten Conradin Cramer. Gallacchi sagt, dass das STS KB eine «politische Agenda» betreibe und sich die «Machtverhältnisse» innerhalb der Organisation verschoben hätten.

Diese Vorwürfe bezüglich des Stadtteilsekretariats gibt es seit Jahren. Die FDP, die LDP und die Interessengemeinschaft Kleinbasel sind bereits ausgetreten. Der Vorstand ist seit dem Austritt der Mitte-Vertretung nur mehr mit Mitgliedern aus dem linksgrünen Spektrum besetzt.

In der Zwischenzeit hat Conradin Cramer an einer Sitzung des Grossen Rats eine Antwort gegeben und will die Stadtteilsekretariate einer Überprüfung unterziehen. Diese könnte im schlimmsten Fall zur Folge haben, dass das Stadtteilsekretariat auf finanzielle Mittel des Kantons verzichten muss. (Lesen Sie hier.)

Vorwürfe sind «einseitig»

Nach diesem Schlagabtausch gehen nun die Trägervereine des STS KB mit einer Medienmitteilung in die Gegenoffensive. Abgesandte dieser 40 Trägervereine bestimmen an den Delegiertenversammlungen darüber, welche Positionen das STS KB in Fragen der Lebensqualität in den Quartieren wie Nachbarschaftshilfe, Verkehr, Abfall oder Kultur gegenüber der Verwaltung einnehmen sollen.

Prime News liegt die Medienmitteilung der Trägervereine vor. In dem Schreiben verlangen die vier Trägervereine «Wettstein21», «Ausbau Osttangente - so nicht!», «Matthäusplatz - Unser Platz» und der Verein Zukunft.Klybeck, dass das «Schlechtreden» des Stadtteilsekretariats ein Ende haben müsse.

In dem Communiqué heisst es, dass die Vorwürfe seitens der Mitte-Partei «einseitig» sei und sich «keineswegs mit der Wahrnehmung von uns Delegierten von Vereinen und Organisationen im Trägerverein» deckten. Das STS KB werde in ein «schlechtes Licht» gerückt, obschon es sich in «vielfältigster Art und Weise für die Bedürfnisse der Quartierbevölkerung» einsetze.

Ebenso kritisiert die Mitteilung die Medien. So würden die Blätter und Portale die Arbeit der Stadtteilsekretariate «einmal mehr schlecht» schreiben. «Die Existenz einer wichtigen Koordinations- und Austauschstruktur ist jetzt durch den Entzug der finanziellen Mittel gefährdet», heisst es in dem Schreiben weiter.

«Autofahrer werden zu den Verlierern gehören»

Christoph Keller, Präsident des Vereins Wettstein 21, unterstützt die Mitteilung. «Ich habe sie zwar nicht mitformuliert. Aber wir finden den Gedanken richtig, dass es in den Quartieren zwischen den Mitbewohnerinnen und Mitbewohnern eine konstruktive, partizipative und freundliche Zusammenarbeit braucht», sagt Keller.

Schliesslich wohne man in der Stadt nicht weit entfernt voneinander, habe ähnliche Anliegen und müsse daher im Gespräch bleiben. Keller: «Wenn eine Organisation einfach aus dem Stadtteilsekretariat austritt, ist das eine Zwängerei und schlechter politischer Stil.»

Keller beobachte allerdings, dass sich die politischen Auseinandersetzungen auf Quartierebene zuspitzen. Das liege daran, dass das mehrheitlich aufs Auto bezogene Modell der Stadt aus den 50ern, den 60ern und den 70ern auf dem «Prüfstand» stehe. «Im Zentrum stehen heute andere, effizientere Verkehrsmittel als das Auto. Ebenso müssen die Quartiere zwingend klimafreundlich werden, und Menschen entdecken das Quartier als Lebensraum neu», sagt Keller.

Seiner Meinung nach werde es in diesem Prozess «wie überall Gewinner und Verlierer» geben. Gewinner seien gemäss Keller alle Menschen im Quartier und auch das Klima. Einschränkungen müssten hingegen die Autofahrer hinnehmen, die ihre Fahrzeuge vielleicht nicht mehr direkt vor dem Haus parkieren könnten.

Fragen zu Tiefgaragen nicht erwünscht

Dass die Gewerbetreibenden und die Bewohner in den Quartieren den Parkplatzabbau einfach hinnehmen, betrachtet Patrick Winkler nicht als gegeben. Der selbstständige Unternehmer mit einem Geschäft für orthopädisches Schuhwerk an der Hammerstrasse vertrat die Mitte an den Delegiertenversammlungen des STS KB. Er sei darauf angewiesen, dass Kunden sein Geschäft auch mit dem Auto erreichen könnten.

«Fragen zum Bau oder Ersatz von Tiefgaragen sind an Delegiertenversammlungen nicht erwünscht», sagt Winkler. Als Beispiel nennt er eine Veranstaltung auf dem Rosentalareal. Dort habe Winkler die Frage gestellt, welche Ersatzflächen es für die zurückgebaute Tiefgarage geben werde. «Jemand hat mir

dann zugezischt, dass man in Basel kein Auto besitze.» Solche «Seitenhiebe» oder «Giftpfeile» kämen öfters vor.

Ebenso engagiert sich das Stadtteilsekretariat aktuell in der Kampagne «Halt Gewalt!» Als diese Kampagnen den Delegierten vorgestellt worden sei, habe Winkler die Frage gestellt, ob auch Präventionsmassnahmen für Familien mit Migrationshintergrund vorgesehen seien.

Schliesslich belegten Studien und Statistiken, dass Gewalt oftmals in solchen Kreisen ein Problem sei. «Diese Frage sei ausländerfeindlich», habe gemäss Winkler jemand gesagt. «Auch wenn man das Grundanliegen gegen die häusliche Gewalt grundsätzlich teilt, getraut man sich unter solchen Umständen in diesem sozialdemokratischen Milieu gar nichts mehr zu sagen.»

Cramer zu Versammlung eingeladen

Zur Medienmitteilung, die das Vorgehen des Stadtteilsekretariats verteidigt und der Mitte vorwirft, sie würde es schlechtreden, sagt Winkler: «Das ist ein dicker Knüppel, welchen die uns da zwischen die Beine werfen wollen.» Der Fachmann für Gesundheitsschuhe schätzt, dass die Mitteilung auch versendet wurde, weil das STS KB um dem Verlust der Gelder des Kantons aufgrund der von Cramer angekündigten Überprüfung fürchtete.

Mit Hinblick auf die Abklärungen, die Conradin Cramer bezüglich des Stadtteilsekretariats vornehmen soll, laden die Trägervereine den Regierungspräsidenten ein, an einer Delegiertenversammlung teilzunehmen. Damit könne sich der Regierungsrat ein Bild von der Arbeitsweise des STS KB machen. Und auch über dessen Neutralität.